



hlacht

Einer dieser Gründe hat lange schwarze Locken und tritt in der Kälte eines Dezembertages am Wasserwerk Johannisthal von einem Fuß auf den anderen. Gesche Grützmaker ist Geologin, Grundwasserexpertin und bei den Berliner Wasserbetrieben für die Trinkwasserqualität zuständig. Die 52-Jährige hat vor allem den wasserwirtschaftlichen Zusammenhang im Blick, der Berlin in die komfortable Lage versetzt, seinen Trinkwasserbedarf - anders als Hamburg etwa - aus Ressourcen innerhalb seines Stadtgebiets zu stillen. Man brauche im Urstromtal nur einen Spaten, um auf Wasser zu stoßen, sagt sie. Im großen Stil wird es aus Tiefen von 50 bis 100 Metern heraufgeholt, wo es in Sandschichten gespeichert ist. Keimfrei kommt es aus der Erde, Eisen und Mangan werden herausgefiltert - und fertig. Dem deutschlandweit verbindlichen „Prinzip der naturnahen Aufbereitung“ sei genüge getan.

Um die Brunnen, die zu so genannten Galerien angeordnet sind, bilden sich in den Grundwasserschichten Trichter. Der vom Wasserwerk Johannisthal reichende bis nach Neukölln. Doch nun bildet der Teltowkanal eine Barriere, die bei den einst größeren Fördermengen „unterfahren“ wurde, wie Grützmaker sagt.

Selbst, wenn man die Jahresleistung von derzeit zehn Millionen Kubikmetern in Johannisthal wieder erhöhen würde, schaffe man es nicht, Wasserleiter von der Neuköllner Seite des Kanals anzuzapfen. Auf das Blumenviertel hätte das keinen Effekt. Außerdem, sagt Grützmaker, „müssen wir nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme fragen.“

Ihr Augenmerk richtet sie dabei auf die „Fenster“ in der Tonschicht weit unterhalb der Stadt, durch die Salzwasser aus

über 100 Metern Tiefe in die darüber liegenden Süßwasserreservoirs aufsteigt. Die Balance ist heikel, ein Versalzungsproblem nur schwer wieder in den Griff zu bekommen, wofür das Wasserwerk Johannisthal ein gutes Beispiel ist, sagt sie. Hier habe sich gezeigt, „dass wir den Grundwasserleiter vor der Wende womöglich überfahren haben“. Heute muss Grützmaker, die in Thailand und Rheinland-Pfalz aufgewachsen ist und 1990 zum Studium nach Berlin kam, sich mit den Folgen dieses Raubbaus beschäftigen: die starke Absenkung des Grundwasserspiegels führte dazu, dass Salzwasser einsickerte. Es verlor quasi sein Gegengewicht. Jede Tonne Süßwasser, die der Balance von oben entnommen werde, ohne sie zu ersetzen, lässt salzigeres Tiefenwasser durch die Fenster aufstreben.

Demnach ziehen zwei Kräfte am Berliner Wasserhaushalt - das Salz und das Gift. Gegen das Salzwasser hilft, den Grundwasserspiegel möglichst hoch zu halten. Aber zu hoch darf er auch nicht steigen, weil sonst industrielle Altlasten

in die Trinkwasserleiter gespült werden. In beiden Fällen müssten alle Berliner mehr Geld für sauberes Wasser ausgeben. Ein Balanceakt, bei dem die Keller-Sache in Neukölln ziemlich stört.

Wassergrundstück

Vor nunmehr 50 Jahren glaubten Langer und sein Architekt, dass Streifenfundamente genügen würden. Die Außenwände des Hauses, das wie ein brauner Würfel in der Landschaft steht, ruhen auf schmalen Sockeln, die vom Keller aus 1,50 Meter in die Tiefe reichen. Der Kellerboden selbst besteht aus Estrich. Dem Druck des Wassers, wenn es von unten aufsteigt, kann eine solche Konstruktion nicht standhalten. Man könne nicht mal ein Blatt Papier im Keller liegen lassen, ohne dass es aufweiche, sagt Klaus Langer. Deshalb hätten sie den Keller weitgehend leergeräumt.

Darüber hinaus ist jedoch die Standsicherheit des Gebäudes auf Dauer bedroht. Nötig wäre eine so genannte „weiße Wanne“. Doch eine solche undurchlässige Betonverschalung hätten sich die Langers anno 71 nicht leisten können. Und ob sie die Gefahr hätte abwenden können, bezweifelt Klaus Langer. Gutachten sagen ihm, dass das Wasser vier bis vierzehn Zentimeter unter seiner Grasnarbe stehen könnte. Der Druck sei sehr hoch. Eine nachträgliche Innentrogabdichtung könnte dem nur bei entsprechender statischer Bemessung standhalten, was auch bei vielen Weißen Wannen in der Vergangenheit versäumt wurde. 1994 sollte die nachträgliche Abdichtung eines Einfamilienhauses 153 000 D-Mark kosten, sagt Langer. Was er tun kann?

„Die Pumpen haben uns geholfen.“

Er könne gar nichts tun, sagt Langer. Die Optionen geht er durch. Die Kellerwände von außen mit Teerpappe abzdichten, sei aufwändig, bringe jedoch nichts, da das Wasser von Unten aufsteige. Den Keller nachträglich zur Wanne zu machen, wäre noch aufwändiger und viel zu teuer, außerdem wäre der Keller dann kein Keller mehr, sondern ein halber Keller, viel zu niedrig, um sich in ihm noch bewegen zu können. Bleibt der Einsatz von Pumpen. Würde er das Wasser unter seinem Haus absaugen wollen, liefe es von überall her nach, glaubt er. Und so groß könne eine einzelne Pumpe gar nicht sein, um ein ganzes Viertel trockenzuliegen.

Nur die Stadt könne etwas tun, schließt er. „Ich sehe keinen anderen Weg.“

Langer ist kein Dogmatiker in dieser Sache. Er hat nur erlebt, wie aus einer städtischen Aufgabe plötzlich eine Eigenverantwortung erwuchs, die seine Mittel übersteigt. „Warum sollen wir der Kollateralschaden der Industriepolitik im Osten sein?“, fragt er.

Gruppenbildung

In der zuständigen Berliner Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr hegt man die Hoffnung, wie es ihr Sprecher Jan Thomsen ausdrückt, „dass die Lösungsorientierten sich zusammenschließen“, um in Dreier- oder Vierergruppen eigene Pumpen zu betreiben. Die technischen Vorplanungen hierfür werden von der Stadt bezahlt. Für die Anlage sowie deren Betrieb müssen die Anlieger selbst aufkommen. „Aus unserer Sicht ist das ein faires Angebot“, meint Thomsen, „damit versuchen wir im Rahmen dessen zu helfen, was rechtlich möglich ist.“

Im Blumenviertel sind viele Anwohner nicht eben begeistert über diese Hilfe, die sich mit dem Begriff „Pilotprojekt“ verbindet. Bislang hat sich lediglich eine einzige Nachbarschaftsgruppe gefunden, die das Angebot annimmt. Andere warten ab. Die Gruppe „Grundwasser 1000“ mit 350 Mitgliedern bereitet eine Verwaltungsklage vor, mit der das Land zum Weiterbetrieb der bestehenden Pumpengalerie gezwungen werden soll. Die Fronten sind verhärtet. Und eine irgendwie pragmatische Lösung“, wie sie sich der Bürgermeister von Neukölln Martin Hikel am Telefon wünscht, scheint entfernter denn je.

Klaus Langer hat sich auf keine der beiden Seiten geschlagen. Er weiß, dass er bezahlen muss. Die Frage ist: Wie viel?

Er erinnert sich daran, wie 1997 am Ende seiner Straße - benannt nach der Glockenblume - die Brunnen in Betrieb gingen, die das überschüssige Wasser seither ab eines gewissen Pegelstands abschöpfen.

„Damit wurde uns geholfen“, sagt Langer. Er ist davon überzeugt, dass die Brunnen für seinesgleichen gebohrt wurden, immerhin hatte er das Entwässerungssystem mit angeregt. In der Beschlussvorlage für das Abgeordnetenhaus vom 19. Januar 1996 wurde es ausdrücklich als Gegenmaßnahme zu den Vernässungsschäden im Blumenviertel deklariert.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es so etwas wie eine gezielte Steuerung des Berliner Grundwassers nicht. Und die Frage war nun, ob eine solche sich überhaupt mit dem Berliner Wassergesetz vertragen. Manche meinen, die Regulierungsbrunnen als Teil eines „ökologischen Großprojekts“ zu legitimieren, sei ein „Trick“ von Eberhard Diepgens Regierungskoalition gewesen, um über den Umweg des Umweltschutzes vor allem für trockene Keller zu sorgen.

Flankiert wurde der Schritt 1999 durch einen Schutzparagrafen im Wassergesetz (§ 37a BWG), der zu den üblichen Aufgaben der Trinkwassergewinnung nun auch vorsah, Grundwasser „siedlungsverträglich“ zu steuern und Gebäude vor „Vernässungsschäden“ zu bewahren. Die Regelung war vor dem Hintergrund einer Teilprivatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft angeregt worden und wurde mit großer Mehrheit gebilligt. Man wollte Konzerne wie RWE und Veolia, die Anteile an den Wasserbetrieben erwarben, auch künftig verpflichten, ihre wirtschaftlichen Interessen nicht über die kommunalen Belange zu stellen.

Darüber hinaus sollte § 37a korrigieren, dass aus historischen Gründen kein Grundwassermanagement existierte.

Das sei ein wichtiger Umstand, findet Langer. Denn erstmals wurde der Tatsache gesetzlich Rechnung getragen, dass Berlin sich mit seinem Siedlungserbe auseinandersetzen müsse. Die entsprechende Steuerungsverordnung, in der festgelegt war, dass sich Grundwasserstände über ein bestimmtes Maß hinaus nicht verändern dürften, wurde erst im Oktober 2001 erlassen.

Diepgen war zu diesem Zeitpunkt schon kein Regierender Bürgermeister mehr, und die Stadt sah sich nach dem Bankenskandal horrenden Finanzrisiken ausgesetzt. Die von Klaus Wowereit angeführte SPD erlegte der Stadt einen rigiden Sparkurs auf. Obwohl sich die wirtschaftliche Situation gegen Ende seiner Amtszeit 2014 verbessert hatte, waren aus 38 Milliarden Euro Kreditschulden des Landes jetzt 60 Milliarden geworden.

Da bekamen die Abgeordneten verständlicherweise einen gehörigen Schreck, als der künftige starke Mann der Berliner SPD, Bau- und Umweltsenator Michael Müller, ihnen vorrechnete, dass der Weiterbetrieb von Regulierungsbrunnen wie im Blumenviertel den Berliner Steuerzahler jährlich 95 Millionen Euro kosten würde. Zwar gab es da die gesetzliche Bindung durch den Schutzparagrafen 37 a, die Steuerungsverordnung für

teipolitische Interessen geformt, die nun mit Druck an die Oberfläche drängen. Seit der Senat grün mitregiert wird, steht die CDU ihre Aufgabe darin, die Lebensleistung des Neuköllner Kleinbürgertums gegen die Besitztümer der Öko-Schickeria aus der Innenstadt zu verteidigen. Es sei schon ärgerlich, sagt die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Christina Schwarzer, die im Blumenviertel lebt, dass den Leuten von oben herab geraten werde, „dann schütten Sie doch den Keller zu“. „Aber wie wichtig ein Keller ist, dafür haben sie keinen Sinn. Keller ist vermeintlich old school.“ Schwarzer hat den Verein SVG mitbegründet. Und sie glaubt, dass nur eine Klage weiterführt.

Die bereitet der Verwaltungsrechtler Hans-Jürgen Muggenborg derzeit vor. Erfolg verspreche, sagt der Anwalt aus dem Rheinland, dass der Senat seine Amtspflicht auf widerspruchsfreies Verhalten verletzt habe. Berlin habe einst bei Erteilung der Baugenehmigungen für die Häuser Amtspflichtverstöße begangen und darauf folgerichtig mit der Installation und Inbetriebnahme der Brunnen reagiert, so Muggenborg. Man könne jedoch nicht gleichzeitig helfen und nicht helfen wollen. Zudem würde durch aufsteigendes Grundwasser auch öffentliche Infrastruktur zerstört.

Klaus Langer glaubt nicht so recht an den Prozessweg. Zu langwierig, zu heikel. Ihm läuft die Zeit davon. Zuletzt hegte er die Hoffnung, dass der Senat dem Beispiel der Mäckertzwiesen auch im Blumenviertel folgen würde. In dieser Siedlung südlich des Flughafens Tegel, ebenfalls an einem Kanal gelegen, hatten die Bewohner nach starken Regenfällen 2017 mit Überschwemmungen zu kämpfen, weil es in der früheren Gartenkolonie keine Kanalisation gibt. Im Oktober wurde vereinbart, dass die städtischen Wasserbetriebe eine Entwässerung mit Pumpenanlage einrichten, bezahlt mit 1,5 Millionen Euro aus dem Nachhaltigkeitsfonds Stadt.

Es ging also, oder etwa nicht?

Als die SPD-Abgeordnete Derya Çalgı mit ihrem Parteikollegen Lars Dösterhöft dasselbe Modell für den Berliner Südosten umsetzen wollte, intervenierte die Umweltverwaltung. Ein Regenguss sei etwas anderes als Grundwasser. Es könnten nur die Planungskosten für private Brunnen übernommen werden. Außerdem kämen die Fördergelder in Höhe von 2,3 Millionen Euro, so mussten die Politiker erfahren, jedem Berliner zugute, der Grundwasserprobleme angibt. Sei es am Boxhagener Platz, in Siemensstadt oder in der Wuhlheide. „Wenn jetzt in Stralau jemand meint“, sagt Langer, „dass er so eine Anlage braucht, kann er sich mit den Ingenieurbüros zusammensetzen und die planen ihm das. Doch erst, wenn er den Auftrag vergeben hat, kennt er die Kosten, die auf ihn zukommen.“

Kennt er sie wirklich? Als ein Gutachten vor vier Jahren zu dem Schluss kam, dass er für eine dezentrale Anlage 14 000 Euro pro Jahr betrappen müsste, war ihm die Unmöglichkeit des Unterfangens klar. Wie sollte er als Rentner eine solche Summe aufbringen? Hatte er das Haus nicht auch deshalb gebaut, um im Alter wirtschaftlich halbwegs abgesichert zu sein?

„Die ganze Sache ist ein soziales Problem“, sagt er. „Das Geld für ein privates Entwässerungssystem hat keiner hier.“ Deshalb redet er von „Hilfe“.

Klaus Langer, der Guru, wählte sich einer guten Lösung schon einmal sehr nah. Sie war 2018 von der damaligen Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey vorangetrieben worden. Die Stadt sollte als für das Grundwassermanagement zuständige Institution neue Regulierungsbrunnen einrichten, an deren laufenden Kosten die Bürger durch eine Gebühr beteiligt würden. Doch Staatssekretär Stefan Tidow lehnte das Ansinnen ab. Man könne, argumentierte er, keinen Gebührenschlüssel entwickeln bei der großen Anzahl nicht betroffener Anwohner.

„Wie man es dreht und wendet“, sagt Giffey's Nachfolger im Neuköllner Rathaus, „man kann kein allgemeines öffentliches Interesse definieren.“ Es sei frustrierend, sagt Hikel, sich wieder an einem Punkt zu befinden, an dem man vor vier Jahren schon war. „Da es keine gemeinschaftliche Lösung gibt, werden am Ende diejenigen dumm dastehen, die am stärksten betroffen sind.“

Dem widerspricht Klaus Langer. „Es muss einen sozialverträglichen Kompromiss geben“, sagt er.

Sein Wissen macht Klaus Langer zu einem wichtigen Ansprechpartner. Immer wieder stehen Leute an seiner Tür, die ein Haus oder Grundstück in der Gegend erwerben möchten und Rat erbitten. Wenn sie vernommen haben, was er zu erzählen hat, hört er meistens nie wieder von ihnen.

„Wieder da, wo wir vor vier Jahren waren.“

das siedlungsverträgliche Grundwasser-Management war jedoch außer Kraft gesetzt worden, nachdem Berlin die privatisierten Anteile an seiner Wasserversorgung 2012 zurückerworben hatte.

Langer war auch erschrocken über die hohe Zahl. Die Ewigkeitskosten beliefen sich auf astronomische Summen. Da das auch bedeutete, dass er und seine Nachbarn diese Summen notfalls aufreiben müssten, meinten die meisten nach und kamen auf eine ganz andere Größenordnung. Nämlich „Null“.

Denn der Senat will nicht abrücken von seiner Preis-Kalkulation, die mal von einer schrumpfenden Stadt mit verringertem Trinkwasserbedarf und einem entsprechend höheren Regulierungsaufwand ausging. Dass es in naher Zukunft nötig werden könnte, den Bedarf an Wasser für eine Vier-Millionen-Einwohner-Metropole zu decken, spielt in den Überlegungen für das Blumenviertel keine Rolle. Da man das Wasser aus dieser Gegend nicht gebrauchen kann, soll eine „lokale Lösung“ gefunden werden. „Hilfe zur Selbsthilfe“, heißt es offiziell.

Allein, allein

Als die Stadt sich 2014 einen Überblick über das Ausmaß an Wasserschäden unter den etwa 5000 Haushalten im Blumenviertel zu machen versuchte, nahmen 670 an der Umfrage teil. 339 gaben an, schon mal einen nassen Keller gehabt zu haben. Seither heißt es, dass das Problem nur Einzelne betreffe. Sie hätten ihre Häuser unsachgemäß abgedichtet, wie ein Gutachten von 2016 formuliert. Die rechtliche Prüfung ergab deshalb, dass die Allgemeinheit nicht für die Vernässung Einzelner haftbar gemacht werden dürfe. Der Konflikt spitzte sich zu, weil die Brunnengalerie im Glockenblumenweg nach 20 Jahren nicht erneuert werden sollte. Der Senat erklärte: „Der Weiterbetrieb zur Unterstützung der Altlastensanierung über das Jahr 2017 hinaus ist nicht erforderlich, womit die rechtliche Grundlage für eine Erlaubnis zum Weiterbetrieb der Anlage nach dem 31.12.2017 entfällt.“

Zwar wurde dann doch noch eine Sondergenehmigung erteilt, und sogar Geld ausgegeben, um die Anlage zu sanieren, aber nur, um den Bürgern eine Frist zu setzen. Bis zum Ende des Jahres 2021 müssen sie einen Weg gefunden haben, die Last auf ihren Schultern zu verteilen.

Die in Frage kommende Gruppenstärke ist mit der Zeit immer kleiner geworden. Für einen Grundwasserzweckverband, in den sämtliche Bewohner hätten eintreten müssen, fehlte die rechtliche Handhabe - es waren ja nicht alle betroffen. Für einen Verein fanden sich zu wenige, die beitreten und das finanzielle Risiko übernehmen wollten. So blieb die Kleingruppe übrig, die ihre Parzelle gemeinsam pumpend bewirtschaften soll.

Gesche Grützmaker, der Hydrogeolog, gefällt dieses Konzept. Der dezentrale Ansatz würde die Grundwasserbalance am wenigsten stören und trotzdem den gewünschten Effekt erzielen.

Während viele Beteiligte von der Schwerfälligkeit des Prozesses genervt sind, haben sich in seinen Untiefen par-